

*Stefano G. Azzarà*

## **Italien rückt weiter nach rechts**

### **Triumph der herrschenden Klassen und postdemokratischer Liberalismus**

Genau 100 Jahre nach dem Marsch auf Rom und der Machterlangung der Faschisten hat die Erbin dieser Tradition die italienischen Wahlen gewonnen und kann die neue Regierung bilden. Die Fratelli d'Italia, die Partei von Giorgia Meloni, die an den alten MSI anknüpft, hat 26 Prozent der Stimmen gewonnen und die Mitte-rechts-Koalition hat zusammen die 40-Prozent-Marke deutlich überschritten, so dass sie jetzt dank eines abstrusen Wahlgesetzes über eine große Mehrheit im italienischen Parlament verfügt.

Die tieferen Ursachen dieses Ergebnisses sind in einer marxistischen Lesart leicht zu verstehen. Schon seit vielen Jahrzehnten verschiebt sich die italienische politische Landschaft nach rechts, und dieses Abdriften – das zuerst Berlusconi, dann die Lega von Salvini und nun die extreme Rechte belohnt – ist nichts Anderes als der politische Ausdruck der Entwicklung der tatsächlichen Machtverhältnisse zwischen den Klassen. Diese Entwicklung lässt mindestens seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts eine kapitalistische Offensive und eine Phase des deutlichen Rückzugs der subalternen Klassen erkennen. Nach deren Systemniederlage am Ende des Kalten Krieges und dem Triumph des Kapitals wurden auch die historischen Organisationen der Arbeiterbewegung vollständig vereinnahmt. Da, wo sie sich nicht aufgelöst haben, sind sie selbst auf das Terrain des siegreichen Liberalismus gewechselt und haben somit die Verteidigung und die Organisation der Arbeitenden aufgegeben und die politische Linke – bzw. das Wenige, was davon übrigbleibt – in eine überaus randständige Lage gebracht.

### **Krise der Demokratie und des Staates**

Der Sieg der herrschenden Klassen und die darauffolgende kapitalistische Restauration haben in Italien innerhalb weniger Jahre die moderne Demokratie und den modernen Staat in eine Krise gestürzt und mit ihnen jene politischen und institutionellen Formen, die die Nachkriegszeit geprägt hatten und die auf einem relativen Gleichgewicht zwischen den sozialen Klassen gründeten. Diese Phase war geprägt durch den fordistisch-keynesianischen Kompromiss, aber auch durch die aktive Teilnahme der Arbeiterklassen am politischen Leben, vermittelt durch die Volksparteien und die Gewerkschaften.

Vor allem war diese Phase durch einen Mechanismus zur Umverteilung des Reichtums, der Macht und der Anerkennung des Wohlfahrtsstaat geprägt. Die Demokratie, die von einer mächtigen aufsteigenden Bewegung nach einem Jahrhundert der Klassenkämpfe erlangt wurde, wurde am Ende im Klassenkampf verloren. Seitdem ist der politisch-soziale Konflikt natürlich nicht ver-

schwunden, aber der Staat agiert seither fast ausschließlich von oben nach unten, von den Starken gegen die Schwachen; während die subalternen Klassen – die durch die tiefen Transformationsprozesse auf der wirtschaftlichen und politischen, aber auch kulturellen sowie auf der Bewusstseinssebene ihre Einheit eingebüßt hatten – durch eine ununterbrochene liberale „passive Revolution“ überrollt wurden.

Zu diesem allgemeinen, langanhaltenden Trend ist aktuell eine neue und davon etwas unterschiedene Entwicklung hinzugekommen. Die vernichtende Niederlage der subalternen Klassen blieb nicht ohne Folgen auch für die Mittelschichten, die ihrerseits längere Zeit parasitär von den Kämpfen der Arbeiterbewegung profitierten. Die Auswirkungen der neoliberalen Politik – Deregulierung, Privatisierungen, Outsourcing – machten sich bald auch für sie bemerkbar. Das hat nicht nur die sozialen Widersprüche wachsen lassen und Ungleichheiten verstärkt, sondern auch massive Verarmungs- und Proletarisierungsprozesse im Kleinbürgertum befördert, die sich nach der Weltwirtschaftskrise von 2008 verschärft haben. Die „organische Krise“ des italienischen politischen Systems brach in diesem Moment aus und wurde unkontrollierbar.

## **Spaltung des Bündnisblocks der herrschenden Klasse und Aufstieg des Populismus**

Bedingt durch den internationalen Wettbewerb und aus Mangel an umzuverteilenden Ressourcen waren die italienischen Führungsklassen nicht mehr in der Lage, den herrschenden Bündnisblock zusammenzuhalten und verloren immer mehr an Konsens. Dieser Bündnisblock bestand aus einem „etablierten“ Teil, der mit den Globalisierungsprozessen verbunden ist, und einen rückständigeren „Außenseiter“-Teil, der durch die Globalisierung nur neue Konkurrenz erhalten und nicht wenige Nachteile zu verzeichnen hat und auf der Suche nach Schutz ist. Der herrschende Bündnisblock ist nicht mehr in der Lage, seine führende Rolle auszuüben. Die Gesellschaft hat ihm an einem bestimmten Punkt die Anerkennung verweigert und rebelliert.

Hier liegt der Beginn der „populistischen Entwicklung“, mit der die Mittelschichten den „Verrat“ der nationalen herrschenden Klassen bestraft, deren Autorität sie auf dem politischen (Denunziation der „Kaste“ der Berufspolitiker), wirtschaftlichen (Anprangern der Finanzeliten und der Banken, die im Sold der großen „globalen Mächte“ dem „produzierenden Volk das Blut aussaugen“) und kulturellen Feld (die Kritik am universitären Wissen und an der Wissenschaft, deutlich z. B. in den Impfgegner-Bewegungen) angegriffen haben. Und es war auch der Anfang einer obsessiven Suche nach Sündenböcken, an denen sich Frust und Wut der Gesellschaft ablagern können – insbesondere die Migranten, aber auch die EU und die Technokraten in Brüssel. Vor allem aber ist es der Beginn der Suche nach neuen politischen Bezugspunkten: neue Führer, die als nicht mit dem Establishment verstrickt wahrgenommen werden. Bei den Wahlen 2018 hatte diese regressive Dynamik zugunsten des Movimento 5 Stelle (M5S) und der Lega von Matteo Salvini ausgeschlagen. Dieses Mal ist Meloni

mit den Fratelli d'Italia dran, eine Partei, die klug genug war, nicht Teil der Regierung Draghi zu werden und deren Erfolg den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung darstellt, die das Land immer weiter nach rechts führt.

Angesichts des Fehlens einer progressiven Alternative ist es folgerichtig, dass sich diese Suche nach einer politischen Führung durch die Mittelschichten, aber auch durch die subalternen Klassen, spontan jenen Akteuren zuwendet, die, obwohl selbst aggressive Vertreter des Neoliberalismus, besser in der Lage sind, für komplexe Probleme einfache, grobe und oft auch imaginäre Lösungen anzubieten. Auf diesem Mechanismus gründen im Übrigen die meisten Ausprägungen des europäischen Populismus, und es ist daher folgerichtig, dass es vor allem die Rechten sind, die von den sozialen Widersprüchen profitieren.

### **Kein Faschismus, aber neuer Bonapartismus**

Diese Dynamik kann meiner Meinung nach nicht als eine Dynamik der Faschisierung des Landes definiert werden, auch wenn nicht wenige Analysten solches befürchten. Dies schon aus dem einfachen Grund, weil heutzutage in Italien die Volksmassen vollkommen passiv und nicht in der Lage sind, eine strategische Alternative hervorzubringen, so dass es gar keinen Faschismus braucht, um sie unter Kontrolle zu halten. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Lage in Italien ohne jedes Risiko ist. Die Gefahren existieren und sind auch schwerwiegend. Denn auch wenn keine unmittelbare Gefahr des Faschismus besteht, so erfolgt dieser weitere Schritt nach rechts in der politischen Landschaft Italiens im jahrzehntelangen Kontext einer Verwilderung des Liberalismus und eines unaufhaltbaren Trends der Macht- und Reichtumskonzentration. Insofern ist es unvermeidlich, dass der Wechsel von einer liberaldemokratischen zu einer liberal-konservativen Regierung die Gefahr autoritärer Auswüchse mit sich bringt.

In Italien begannen schon Mitte der 1990er Jahre Experimente mit neuen und verschiedenen Demokratieformen, die den tatsächlichen Stand der Machtverhältnisse wiedergeben, d.h. die den totalen Sieg der herrschenden Klassen besiegeln. Diese Formen sind Ausdruck eines absolut gewordenen Liberalismus, der keine Gegner mehr hat und daher sein reines Programm entfalten kann, ganz im Sinne und Interesse der mit ihm verbundenen Klasse. Formen, in denen – wie in der zweiten Hälfte des 19. Jh., aber jetzt in postmodernen Kleidern – die „bonapartistische“ Dimension deutlich ist, d. h. die obsessive Suche nach einer direkten Beziehung zwischen dem charismatischen Führer und den amorphen Massen, die zur Menge geworden sind. Durch den programmatischen Zerfall der Volksparteien und den Korporatismus der Gewerkschaften vorbereitet, wurde diese Dynamik durch neue Kommunikationsformen (private Fernsehkanäle, Aufkommen der sozialen Medien) enorm begünstigt. Atomisierte Individuen, die das Produkt von sich auflösenden sozialen Klassen sind und die die Wettbewerbsidee für sich übernommen haben, suchen heute Identifikation oder Trost in einem „Betreuer“, der die möglichst einfachste Sprache spricht und in der Lage zu sein scheint, eine schnelle Lösung für ihre Problemen zu liefern – alles unter dem Label der Verteidigung des nationalen Interesses und der Traditionen.

Die autoritäre Gefahr ist also da, aber sie ist Teil des Liberalismus. Und in diesem Sinne muss man sagen, dass auch die italienischen Mitte-Links-Parteien und der Partito Democratico (PD) lange diese bonapartistischen Auswüchse genutzt und sich wie „Zauberlehrlinge“ verhalten haben. Die bonapartistische Lösung des Typs „Technokratie“, die die liberalen Linken in Übereinstimmung mit den Führungseliten der herrschenden Klasse in Europa optimistisch vorgeschlagen haben, ist im Kontext einer populistischen Rebellion wie der italienischen aber deutlich im Nachteil. Und zwar deshalb, weil genau diejenigen, die diese Lösung verkörpern sollten, d. h. die etablierten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten, jegliche Legitimation eingebüßt haben und nicht ganz zu Unrecht für die Leiden und Sorgen der Gesellschaft verantwortlich gemacht werden. Darüber hinaus wird die universalistische Kulturrichtung, die dieser durch Mitte-Links vorgeschlagenen „aufklärerischen“ und guterzogenen Variante des Bonapartismus vorsteht, sofort von der Mehrheit der Bevölkerung als mit den geschaten Globalisierungsdynamiken verbunden wahrgenommen: Die Maas-trichkriterien, die Brüsseler Bürokraten, der internationale Wettbewerb, das „räuberische“ Deutschland, die Migrationsbewegungen, der kulturelle Kosmopolitismus, die Genderbewegung, die Bürgerrechte und all jene Phänomene, die die verarmten Mittelschichten und deren Gewohnheiten und Gewissheiten angegriffen haben, stehen dafür. Es ist daher viel einfacher, dass dieselbe bonapartistische Tendenz, die von allen Kräften des politischen Feldes geteilt wird, jetzt von der liberal-konservativen Rechten genutzt wird. Sie werden sich auf eine Reihe traditioneller Werte (Gott, Vaterland und Familie) fokussieren und die „souveränistische“ Verteidigung des Landes ins Zentrum stellen, ganz wie es die Klein- und Mittelunternehmen (KMU) laut fordern.

## **Bruchpunkte und politische Folgerungen für die Linke**

Drei zentrale Punkte lassen sich aktuell aus den italienischen Ereignissen folgern.

(1) Der *erste* bezieht sich auf die Aussichten der neuen Rechtsregierung, die sich aktuell gebildet hat. Es ist klar, dass die sozialen Widersprüche in den nächsten Monaten wachsen werden. Nach der Pandemie hat der Krieg zwischen Russland und der Nato, bei der die Ukraine nur eine Stellvertreterfunktion hat, die wirtschaftliche Situation weiter verschlechtert und zu einer Steigerung der Rohstoffpreise geführt, die zusammen mit einer verbreiteten Spekulation die Inflation in Italien in die Höhe getrieben hat. Die sozialen Sorgen werden nicht nur in den subalternen Klassen, deren Ausbeutung schon heute auf dem höchsten Niveau ist, steigen, sondern auch in den Mittelschichten, die aktuell erleben, wie die Betriebskosten ihrer Unternehmen und Läden explodieren. Und auch im industriellen Bereich gibt es Anzeichen einer schweren Krise; viele Standorte haben die Produktion eingestellt. Angesichts exponentiell steigender Energiekosten und ohne finanzielle Ressourcen, um diese Steigerungen für die Bevölkerung zu dämpfen, wird die neue Regierung von Anfang an mit Schwierigkeiten konfrontiert werden. Es ist also wahrscheinlich, dass soziale Spannungen aufbrechen und die Regierung bald die ersten Turbulenzen erleben wird. Zumal ein Bündnispartner von Meloni diese Spannungen im eigenen Interesse nutzen

könnte: Die bei den Wahlen deutlich geschrumpfte Lega, die schon immer sehr stark mit den KMU im Norden und Nordosten Italiens verbunden ist, fordert mit Nachdruck „Föderalismus“ und „Autonomie“ für die entwickelteren Regionen, d. h. eine Art fiskalische Abspaltung, die auf Kosten des Südens gehen würde. Genau hier könnten die Probleme für die Regierung entstehen, da sie sich in der Zange zwischen dem Druck aus dem Ausland und den Bündnispartnern im Inland wiederfinden könnte. Giorgia Meloni scheint jedoch nicht naiv zu sein. Sie kann sich auf eine der wenigen noch gut organisierten Parteien in Italien verlassen, eine Partei mit einer Geschichte und einer starken politischen und institutionellen Kultur, die auch über aktive Gruppen im ganzen Land und eine große Mobilisierungskraft verfügt. Darüber hinaus hat Meloni rechtzeitig sowohl in der EU als auch in Washington für sich geworben, indem sie ihre übliche Anti-EU-Rhetorik sehr zurückgefahren und erklärt hat, die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung werde im Zeichen der Kontinuität mit der Regierung Draghi stehen. Und sie hat sich zur euro-atlantischen Achse bekannt, angefangen mit der bedingungslosen Unterstützung der Ukraine und den Waffenlieferungen.

(2) Die *zweite* Bemerkung betrifft Mitte-Links und den PD. Diese sind nur im konventionellen Sinn „links“ orientiert, d. h. im Sinne einer liberalen Linken. In den vielen Jahren, in denen sie an der Regierung waren, haben sie eine neoliberale Agenda übernommen und eine Politik gegen die breite Bevölkerung ins Werk gesetzt, mit der sie sich bei den subalternen Klassen unbeliebt gemacht haben. Auch auf der kulturellen Ebene stellt Mitte-Links keine wirkliche Alternative zu Mitte-Rechts dar, da sie die gleiche besitz- und wettbewerbsbetonte Weltanschauung vertreten, auch wenn sie sie mit der Rhetorik der Bürgerrechte verbinden. Bei den jetzigen Wahlen hat der PD nicht zufällig eine Vereinbarung mit dem M5S verworfen, da diese sich in der Zwischenzeit zu sehr nach links bewegt und die Politik Draghis und die militärische Unterstützung der Ukraine kritisiert hat. Mit der Verweigerung eines Bündnisses mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Conte hat der PD Selbstmord begangen, da sie die Front, die die Rechten hätte besiegen oder zumindest deren Aufstieg hätte begrenzen können, gespalten hat. Unter dem Strich haben die Rechten genauso viele Stimmen wie bei den Wahlen 2018 bekommen, aber sie haben die Wahlen gewonnen, weil sie sich geschlossen präsentiert haben, während Mitte-Links und M5S getrennt angetreten sind.

(3) Die *dritte* Bemerkung betrifft die Linke und die Kommunisten. In Italien, dem Land, das die stärkste kommunistische Partei im Westen hatte, spielt eine tatsächliche Linke nur noch eine marginale Rolle und ist seit 2008 auf etwa 3 Prozent der Wählerschaft geschrumpft. Diese überaus schwache Linke ist darüber hinaus in mindestens fünf oder sechs politische Gruppierungen gespalten, die in scharfer Konkurrenz zueinander stehen. Erst kurz vor der Wahl haben es einige dieser Gruppierungen – Rifondazione Comunista und Potere al Popolo in der Hauptsache – geschafft, sich zur Unione Popolare zusammenzuschließen, während die winzige Partei, die den Namen und das Logo des alten PCI übernommen hat, beschloss, nicht mitzumachen und allein anzutreten. Der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung unbekannt konnten die Unione Popolare und

der PCI, die fast ausschließlich in den sozialen Netzwerken vertreten sind, in einem Monat Wahlkampf nicht die politische Arbeit nachholen, die in den vorangegangenen 15 Jahren nicht stattgefunden hat. Die Ergebnisse von 1,4 bzw. 0,1 Prozent waren eine Katastrophe mit Ansage. Somit haben sie die Vertretung der sozialen Fragen der Fünfsterner-Bewegung überlassen, die, nachdem sie sich ihres rechten Flügels entledigt hat, heute die einzige Linke darstellt, die im italienischen Parlament vertreten ist – verunsichert, moderat und ohne eigene Geschichte.

Man kann nur hoffen, dass die Linke und die Kommunisten sich vereinen und völlig unverständliche Spaltungen überwinden. Vor allem müssen sie verstehen, dass es einer sozialen Verankerung und einer Verbindung mit den realen sozialen Konflikten bedarf, in denen sie sich engagieren und deren Teil sie sein müssen. Erst dann kann wieder über eine parlamentarische Vertretung nachgedacht werden.

*Übersetzung: Nicoletta Negri*